

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin oder bei Lieferung ohne Bestätigung monatlich 3,- M., bei Zustellung unter Straßenschild 3,- M. Die „Freiheit“ ist in den ersten Nachtrag der Postverordnungen für 1919 eingetragen.

Insensitiv lassen die nachgekauften, unparaffinierten oder deren Name 1,20 M., Wertsteigen des letzten Monats 20 Pf., jedes weitere Monat 10 Pf., Steuerzuschlag 10 Pf. Bei Familien- u. Veranlagungsanzeigen gilt der Zuschlag fast. Insensitiv für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 3 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein.

Informations-Abteilung: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III. Fernsprecher: Mini Norden 9768

STREIF

Berliner Organ

Der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Monarchistischer Staatsstreich in Ungarn.

Die Konterrevolution in Ungarn.

Erzherzog Joseph als Träger der Gewalt. — Abdankung des Ministeriums Peibel.

Budapest, 6. August.

Seute um 7 Uhr abends erschienen im Ministerpräsidentium General Schnerer, der Polizeioberinspektor Wolfenberg, der frühere Sekretär des Nationalrates Dr. Frisk und der gewesene Sektionschef im ungarischen Kriegsministerium Franz Seifery und forderten die eben zur Beratung versammelten Minister auf, abzudanken mit der Begründung, daß die Regierung nicht die Gesamtheit der Nation vertrete. Nach einer kurzen Beratung beschloß die Regierung zu demissionieren. Die Ententemission übertrug die oberste Gewalt Erzherzog Joseph, der den gewesenen Sektionschef im Kriegsministerium Stephan Friedrich zum Ministerpräsidenten ernannte. Mit der Leitung des Ministeriums des Innern wurde General Tanczos, mit der Leitung des Kriegsministeriums General Schnerer betraut. In der Stadt herrscht Ruhe. Die Missionen der Ententemächte hielten abends eine gemeinsame Beratung ab, zu welcher auch Erzherzog Joseph und Ministerpräsident Friedrich zugezogen waren. Die Beratungen galten schwebenden Fragen, wobei alles Einvernehmen erzielt wurde. Der Präsident der Friedenskommission Clemenceau und die ausländischen Regierungen wurden von dem Ergebnis sofort verständigt. Innerhalb schnell hat die Entente ihre Politik in Ungarn geändert. Nachdem sie anfangs nur den Rücktritt der Regierung und eine demokratische Regierung gefordert hatte, wirt sie jetzt die Maske ab und tritt, unter Beruf ihrer bisherigen Zusicherungen, offen als Bekämpferin der monarchistischen Konterrevolution in Ungarn auf.

Der Habsburger Erzherzog Joseph war immer Kandidat der gegen die Personalunion mit Oesterreich gerichteten ungarischen Reudalisten. Nach dem Willen jener extrem-nationalen Partei sollte Erzherzog Joseph entweder die Stefanskronen tragen oder zumindest der Regent Ungarns mit besonderen Vollmachten sein. Diese Bewegung erhoffte im Laufe des Krieges immer mehr und sie wäre noch unter den Habsburgern zum Siege gelangt, hätte nicht der Sturm der Ereignisse jenes schwer schuldige Geschlecht hinweggefegt. Erzherzog Joseph nunmehr von den Einmüßigen zum Regenten eingesetzt wurde, ist wohl nicht zuletzt Verdienst der mit großen Mitteln arbeitenden florentinischen Habsburger-Propaganda, deren Zentrale in der Schweiz ist.

Es mag sein, daß die oberste Gewalt, die dem Habsburger von den Generalen übertragen worden ist, zum Schein das Mäntelchen der Republik tragen, daß er sich Präsident, nicht König nennen wird. Doch wird der Name niemanden täuschen, am wenigsten das ungarische Volk selbst, das in den Stürmen der Revolution gelernt hat, seine Freiheit zu schätzen. Ludwig Napoleon wurde am 20. Dezember 1818 zum Präsidenten der Republik Frankreich ernannt. Erst am 7. November 1812 nahm er die letzte Maske ab und legte sich den Kaiserstitel bei. Diese formelle Veränderung wird in Ungarn wohl schneller vor sich gehen; weit länger auch als die Monarchien wird die Herrlichkeit des Habsburgers sein. Die alten Monarchien sind im Bankrott, die neuen tragen bei ihrer Entstehung das Siegel des Untergangs auf der Stirn.

Die Kontrolle der Entente.

Saag, 7. August.

Paris wird gemeldet: Der Oberste alliierte Rat hat die österreichischen Gegenentwürfe erhalten. Diese werden zusammen mit der Antwort der Entente später veröffentlicht werden. Der Oberste alliierte Rat hat sich weiter mit der Lage in Ungarn beschäftigt und beabsichtigt, eine Kommission von Generalen zu ernennen, die in Budapest die Aufsicht über die Waffenstillstandsbedingungen zu kontrollieren haben wird. Es wird die Aufgabe dieser Kommission sein, dafür zu sorgen, daß die neue österreichische Regierung die Verpflichtungen, die der Waffenstillstand von Oesterreich-Ungarn erheischt, erfüllt, und daß auch diese dem innerhalb kurzer Zeit demobilisiert ist. So-

bald dies geschehen ist, werden die rumänischen Truppen Budapest wieder verlassen. Inzwischen wurde beschlossen, die Blockade Ungarns rückgängig zu machen.

Rumänische Plünderungen.

Wien, 6. August.

Die Abendsblätter melden aus Budapest: Die planmäßigen Plünderungen der rumänischen Soldaten im Verein mit dem kurbapster Strogenpöbel begannen damit, daß wechselfe Wägen und Kausen überfallen wurden. Sodann drang man in die Kasernen ein und raubte sie vollständig aus. Der Wert des aus dem Kommandantenschatz gekohlenen Gutes geht nach Millionen. Im nächsten Bezirk wurden vier Jhüllen geblut. Gewandstücke wurden auch aus den Nachbarschaften gemeldet, wo die Rumänen blühten. Nahrung und Bekleidung, wasche, wasche, wasche unter dem Schutz der Rumänen eine heulende und wehleidige Bewegung ein, insofern deren es zu Nothden gegen die Juden kam, wobei die in der jüdischen Mensa academiaca befindlichen Studenten blutig geschlagen wurden. Auch aus Weingärten trafen demütigende Raubzüge über die Aufweisung der dortigen Bauern durch die Saggediner Regierung ein.

Versöhnungsmäßige Furchen.

Budapest, 6. August.

In Budapest wurde eine Kundmachung des Generals Radaredu veröffentlicht, die besagt, daß die rumänische Armee nicht gegen die Bevölkerung kämpfe, sondern gegen jene Feinde, von der sie angegriffen worden sei. Der rumänische Soldat verbürge die Sicherheit des Vermögens und des Lebens des friedlichen Bürgertums.

Rumänische „Ordnung“.

Budapest, 7. August. (Wohlung des Ang. Tel.-Büro.)

Infolge einer Weisung des rumänischen Militärkommandos fordert der Oberstabschef sämtliche rumänische Soldaten auf als Zeichen der Wiedereinnahme des normalen Lebens (1) ihre Gewehre offen zu halten; das Kommando der rumänischen Truppen habe Befugungen getroffen, daß Lebensmittel und öffentliche Bedarfsartikel in genügender Menge hierher gebracht würden, so daß in dieser Hinsicht die Lage sich innerhalb der allerkräftigsten Zeit wesentlich bessern werde.

Die Wahlen zur Nationalversammlung.

Budapest, 6. August. (Ungarisches Tel.-Büro.)

Das Blatt veröffentlicht eine Verordnung der Regierung der ungarischen Volksrepublik betreffend das Wahlrecht zur Nationalversammlung sowie zu den Municipal- und Gemeindevorstellungen. Wahlberechtigt ist jede männliche Person, die ihr 21. Lebensjahr vollendet hat und zumindest seit sechs Jahren ungarischer Staatsbürger ist und in irgendeiner vaterländischen Sprache des Volkes und Schreibens kundig ist. Jeder Wähler hat eine unmittelbare allgemeine Wahlberechtigung. Das Municipal- und Gemeindevahlrecht ist auch an eine halb-jährige Ortsangehörigkeit geknüpft.

Eine weitere Verordnung betrifft die Wahlen zur verfassunggebenden Nationalversammlung. Diese Wahlen erfolgen auf Grund des Verhältnismäßigkeitsprinzips. Der Termin der Ausbreitung dieser Wahlen wird in einer besonderen Regierungsverordnung festgesetzt werden. Die verfassunggebende Nationalversammlung tritt am zehnten Tage nach dem Wahltag in Budapest zusammen. Die Zeit der Dauer ihrer Tätigkeit erstreckt sich auf zwei Jahre vom Tage des Zusammentritts an gerechnet.

Wiedereinstellung der alten Justizbeamten.

Budapest, 6. August. (Wohlung des Ang. Tel.-Büro.)

Entsprechend einer Verordnung des Ministeriums haben im ganzen Lande die von der Räteregierung zur Disposition gestellten Justizbeamten ihre Tätigkeit wieder aufgenommen.

Japan und China.

H. N. Saag, 7. August.

Aus London wird gemeldet: Hier treffen Nachrichten aus Tokio ein, daß der japanische Minister des Innern Kishida eine Erklärung veröffentlicht hat, in der gesagt wird, daß Japan nicht die Absicht hat, irgendwelche Rechte, die den territorialen Status in China betreffen, geltend zu machen. Er verspricht die sofortige Zurücknahme der japanischen Truppen und das Einleiten von Verhandlungen über ein Abkommen mit China.

Wo bleibt die Demobilisierung?

Von militärischer Seite wird uns geschrieben:

In der Nr. 266 der „Freiheit“ wurde nachgewiesen, daß die jetzige Lage in Deutschland gar keine Berechtigung zur personellen Verstärkung der Truppe auf Grund der mobilten Bestimmung bietet. Noch weit weniger aber erfordern die jetzigen Umstände die materielle Ausrüstung der Truppe. Wie lange dauert denn das Kriegsmobilministerium den mobilten Zustand der Truppe noch aufrechtzuerhalten? Damit begründet es diesen Zustand? Etwa durch die Notwendigkeit, die Forderungen der baltischen Staaten auszufüllen zu müssen? Dann gäbe das Kriegsmobilministerium der eigenen Regierung eine gehörige Abfuhr. Oder will es die mobile Truppe dazu benutzen, um doch noch einen Schlag gegen Polen zu unternehmen? Dann würde es die Regierung auf das schamlose bloßstellen. Die Regierung hat hoch den Friedensvertrag feierlich anerkannt. Soll gegen die Offiziere an der Ostfront, die Polen können und jederzeit angegriffen, darauf müssen wir gerüstet sein, Polen hat aber den Friedensvertrag ebenfalls feierlich anerkannt. Da Keiner Verhandlungen zwischen den Grenztruppen herbeiführt doch nicht dazu, die gesamte bewaffnete Macht des Reiches ins mobilten Zustand zu erhalten.

Oder hält das Kriegsministerium die Mobilmachung der gesamten Heeresmacht für begründet, um irgendeinen Streit mit Rußland, Konstantinopel, Persien, Griechenland und Sandgründen unterdrücken zu können? Das wäre die größte Bankrotterklärung der Reichs-Garde. Bis jetzt haben mit Ausnahme von Straßenputzen in den ersten Wochen der durch die Revolution hervorgerufenen allgemeinen Aufregung die Arbeiter auch nicht die geringste Veranlassung dazu gegeben, daß mit großen mobilten Truppenverbänden gegen sie vorgegangen werden müßte.

Wo bleibt die Nationalversammlung, um einmal eine Anfrage nach dem Zeitpunkt der Demobilisierung zu stellen? Sind die Milliarden, die die mobil gehaltenen Truppe dem Reiche kostet, eine derartige Anfrage nicht wert? Die Parteien der Rechten rechnen doch sonst jeden Groschen den Arbeitarräten nach und schreien über Verschwendung der Gelder; aber die Milliarden, die auf diese Weise verköndet werden, zum großen Teil im Interesse der Offiziere — namentlich der höheren — finden keine Beachtung. Auf der einen Seite wird demobil gemacht und hier wirt die Demobilmachung gerade diejenigen Kategorien, die die Vorteile des mobilten Zustandes am ersten gebrauchen könnten, die Kriegsschädigten und die Kriegsgefangenen. Hier wird getrad. Auf der anderen Seite aber werden die Gelder für die Freiwilligenverbände in unverantwortlicher Weise verköndet.

Die materielle Ausrüstung der mobilten Freiwilligenverbände besteht zunächst in der Verpflegung. Im Kriege hat die bessere Verpflegung der Truppe ihre volle Berechtigung. Die Kostengrungen, die da von jedem einzelnen verlangt werden, erfordern, daß der Körper bei Kräfte erhalten wird, ganz abgesehen davon, daß im Kriege die Verpflegung an den einen Tage mangelt ausfällt und dafür der Soldat an anderen Tage etwas zusehen haben muß. Wo kommt das augenblicklich wohl her? Das Kriegsministerium wolle uns doch möglichst einmal erläutern, worin die Kostengrungen und Entbehrungen der mobilten Truppe augenblicklich bestehen! Es ist noch nie von den Truppen und in der Truppe so wenig getan worden wie augenblicklich. Oder kann uns das Kriegsministerium Aufklärung darüber geben, welcher gewaltige Dienst augenblicklich zu bewältigen ist? Was aber die bessere Verpflegung der Truppe in der heutigen Zeit an Mehrkosten erfordert, das bedarf keiner näheren Erläuterung. Welche große Härte und Ungerechtigkeit der wirklich hartarbeitenden Bevölkerung, den Frauen und Kindern gegenüber in dieser Bevorzugung der unbeschäftigten Soldaten liegt, hat jeder Beschäftigte. Ganz abgesehen davon, daß die Belieferung der Truppe zu allerhand Schiedungen mit dem teilweise überflüssigen Nahrungsmitteln Veranlassung gibt. Was gebühren die höheren Offiziere mit ihren riesigen mobilten Begleitern auch noch mit den nur zu unerschwinglichen Preisen zu beschaffenden Lebensmitteln bestrebt zu werden? Mit dieser vollständig ungerechtfertigten Bevorzugung muß endlich aufgeräumt werden, Herr Reichswehrminister!

Die mobile Truppe ist nun aber auch noch mit Material ausgerüstet, das jetzt nicht nur nutzlos, sondern dessen Kosten für die allgemeine Volkswirtschaft höher ist

Künftig ist. Wozu gebrauchen die Truppen die ungeheuer vielen Fahrzeuge? Nur zum Bewegen der Pferde? „Ja“ — wird das Kriegsministerium sagen — „die Truppe muß gerüstet sein, um bei etwaigen Streifs jederzeit an jeden Ort geworfen werden zu können.“ Aus dem Grunde der Streifgefahr mühte also die gesamte Streitmacht des Deutschen Reiches für unabsehbare Zeit in mobilem Zustand zu verbleiben. Denn bei dem Schreckensmoment, mit dem die heutige Regierung die die Streifgefahr beseitigende Sozialisierung betreibt, werden Streifs noch auf lange nicht ausbleiben.

Oder glaubt die Regierung etwa, daß die Hebergabe der abzutretenden Gebiete im Osten sich nicht ohne Kämpfe der Truppen durchführen wird lassen? Damit würde sich die Regierung für die ordnungsmäßige Hebergabe ein Armutszeugnis für ihre Kraft und Organisationsgabe fonderalisch ausstellen. Wieviel Fahrzeuge und wieviel Pferde könnten auf diese Weise der notleidenden Landwirtschaft zugeführt werden!

Wie reich ist außerdem die Ausrüstung der Stäbe und Truppen mit Kraftfahrzeugen! Jeder Stab bis zu den Regimentsstäben obwärts verfügt über Personenkraftwagen, so daß jeder junge Offizier hier in Berlin den Kraftwagen zu den einfachsten Gängen benutzte, die mit der elektrischen Oberleitung erledigt werden könnten. Man sieht in den Personenkraftwagen fast nur jüngere Offiziere ihre jedenfalls äußerst wichtigen Aufträge zur Ausführung bringen. Auch militärische Personenkraftwagen kann man genug sehen, in denen Offiziere mit Damen fahren, die also auch zu Privatwägen benutzt werden. Wieviel kostbarer Brennstoff könnte erspart werden, der jetzt so schwer zu beschaffen ist! Und könnten die Personenkraftwagen nicht besser der allgemeinen Benutzung zugeführt werden? Eine kleine Anfrage in der Nationalversammlung würde feststellen, daß noch Hunderte von militärischen Personenkraftwagen unnötig in Benutzung sind. Welche Ersparnisse könnten da nicht im Interesse der Steuerzahler gemacht werden!

Aber mit dieser materiellen Ausrüstung der Truppe an sich ist es ja noch nicht abgetan. Zu den mobilgemachten höheren Verbänden gehören auch noch Autoskolonnen, als ob noch eine vordere Kampftruppe mit Munition- und anderen Ausrüstungsbedürfnissen wie Material für Unterstände, Stabsbedarf, Lebensmittel usw. zu vorzuziehen wäre. Welche Unsummen werden durch die Auffassung und Unterhaltung dieser Formationen verschlungen, und wie wird die Allgemeinheit durch Vorenthaltung solcher Fahrzeuge und von Betriebsmitteln auf diese Weise geschädigt!

Am Krieg ist eine Geheimhaltung der Ausrüstung der mobilen Truppe geknüpft. Aber da wir nicht mehr im Kriege sind, lohnt sich wohl eine kleine Anfrage in der ungeschwächten Nationalversammlung über die Kriegsgliederung der mobilen Truppen und den Offizier- und Mannschaftsbestand der Truppen. Wann soll denn endlich eine den Friedensverhältnissen entsprechende Gliederung der Truppe eintreten? Warum wird diese Gliederung nicht bekanntgemacht? Sollen durch die Geheimhaltung eines Streifs verhindert werden?

Es wird mirlich Zeit, Herr Reichswehrminister, daß wir zum Frieden gelangen, der von Ihnen durch die Gebildung der Truppe im mobilen Zustand noch nicht anerkannt wird.

Oder wollen Sie, und die Regierung sich dem aussetzen, daß die Entente schließlich die Demobilisierung der deutschen Streitkräfte selbst durchführt?

worden ist als Mittel dazu. Die Entente ist der notwendigste Übergang zur wahren Demokratie. Es gibt vermehrt auch die Anerkennung der Räteorganisation. Endlich muß gesagt werden, daß die Beschlüsse des neuen Internationalen unbedingt für alle Länder und Parteien maßgebend sein müssen.

Mitral (Frankreich) schlägt namens der französischen Delegation Änderungen, meist reaktionärer Natur, zu den Statuten vor. Man braucht sich vor dem Wort Revolution nicht zu scheuen, da Revolution nicht gleichbedeutend mit Gewalt ist.

Kollenshür (Deutschland, Reichstags) bringt Mißtraßänderungen im allgemeinen zu. Er glaubt nicht, daß man es heute schon mit den neuen Statuten der Arbeiterschaft aller Länder wagen kann. Wichtiger als die Wichtigkeit des Programms ist auch nach Kollenshür die Einigung des Vorkommens. Die der Verfall der Friedensvertrag eine Kriegserklärung des imperialistischen Kapitalismus gegen das Proletariat aller Länder ist, so muß sich auch das Proletariat der ganzen Welt dagegen zusammenschließen und seine Weisung von jeglicher Unterdrückung herbeschaffen.

De Brondère (Belgien) bekämpft verschiedene Ausdrücke in den Statuten, die der belgischen Auffassung entgegenstehen. Die zweite Internationale muß bleiben, was sie ist, ein Klassenkampf auf dem Boden der Demokratie. Wir wollen keine bolschewistische Bürokratie schaffen. De Brondère wird von Mitral, der bestritt, daß seine Vorläge bolschewistische Tendenzen enthalten, wiederholt unterbrochen.

Rufschewsky (Ungarn) bittet die Internationale um ihre Unterstützung für die Befreiung der kleinen Nationen.

Grossard (Frankreich, Reichstags) erklärt kurz, daß die französische Reichsdelegation die Frage von Demokratie und Diktatur nicht in der einseitigen Art, wie es De Brondère tut, behandeln wollen. Die Internationale darf nicht von Anfang an die bolschewistischen Tendenzen bestricken. Wenn die französischen Reichsdelegationen zwischen Kollenshür und Lenin zu wählen hätten, so würden sie Lenin wählen.

Wliegen antwortet als Reichsdelegation auf die verschiedenen Vorschläge und besonders auf die Mißtraß, indem er betont, daß der Sozialismus nicht von 1910 auf 1900 gemacht werden kann. Er muß sich in den einzelnen Ländern der Entwicklung anpassen. Eine internationale Kontrolle der nationalen Bewegung ist durch die Statuten vorgesehen. Die Räteorganisation braucht nicht ausdrücklich genannt zu werden. Zum Schluß wendet sich Wliegen noch an Mitral, der das Wort Menschheit durch das Wort Proletariat ersetzen will. Er fragt ihn, warum Jaurès sein Wort „Humanität“ genannt hat. Der Sozialismus bedeutet die Befreiung der ganzen Menschheit und nicht des Proletariats allein.

Jouhaug über die Gewerkschaftsinternationale.

Verfaßt, 2. August.
Der Generalsekretär des Allgemeinen Arbeiterbundes, Jouhaug, bezieht in einem Leitartikel im „Deurs“ den internationalen Gewerkschaftskongress in Amsterdam. Die französische Delegation habe sich in Amsterdam einer klugen Situation gegenüber befunden, denn sie habe die Mittel in ihren Händen zwischen Engländern und Deutschen. Ihre Aufgabe sei es gewesen, den wahren internationalen Geist zu betonen und eine neue lebendige Internationale zu schaffen. Jouhaug glaubt, die Verhandlungen hätten trotzdem der arbeitenden Klasse genutzt, denn die neue Internationale werde ein Element der Einheit und des Friedens, so daß es ihr möglich sein werde, in Säule der französischen Gewerkschaftler auf einem Grund von Wertschätzung eine neue Weltgemeinschaft zu machen, in der die organisierte Arbeit den ihr gebührenden Platz einnehmen müsse.

Eine Irreführung.

Selbst auf die Gefahr hin, daß uns der „Vorwärts“ zum tausendsten Male der Bestimmungswortwandschaft mit den Aldeutschen beschuldigt, müssen wir feststellen, daß die „Deutsche Zeitung“ mit einer Anleihe gegen das führende Organ der Rechtssozialisten nicht ganz unrecht hat. Der „Vorwärts“ hatte nämlich gestern abend behauptet, daß die Rede gegen Erzberger von den kapitalistischen Kreisen ausgehe, die in ihm den Vertreter der neuen direkten Steuer- vorlage befehligen wollen. Das Blatt schrieb:

Es soll der Mann umgibt und mit dem Genickfang bedacht werden, der den Mut hat, die Unpopulartät der neuen Steuer- vorlagen auf sich zu nehmen. Die Kapitalisten stürzen von allen Seiten herbei, um mit dem Regierungstabe Erzbergers ihren Besitz vor dem drohenden großen Verderb zu retten.

Unter diesem Gesichtspunkt und nur unter diesem ist das Heftzischen zu verstehen. Matthias Erzberger war einstmalig wie seine jetzigen Feinde ein Sozialist. Wenn er damals sein Wahlleit ritt, wurde er gefeiert und gepriesen von derselben Meute, die ihn heute umstellt und erschlagen will. Erzberger trägt, heißt für seine Gegner die Steuer vorlagen vorsetzen oder sie doch so stark abschwächen, daß sie dem Besitzenden nicht mehr besonders wehe tun.

Deshalb alle Manner aufgesoten, alle Kraft zusammenge- ziffen! Es geht um ein hohes Ziel, die Heimkehrer wollen sich vor der Vergeltung heiden, wie sie sich vor dem Waffendienst gedrückt haben. In die Klammen mit dem Sausal Erzberger!

Es ist eine Dummheit des „Vorwärts“, in dieser Weise die Verteidigung Erzbergers zu betreiben, denn soviel politische Kenntnis müßte das Blatt doch bei den Aldeutschen, selbst wenn man sie noch so gering einschätzt, voraus- setzen, daß sie bei einem Sturz Erzbergers vom kapitalisti- schen Standpunkt aus nur ein schlechtes Geschäft machen könnten. Noch geringere Opfer können den besitzenden Klassen nicht auferlegt werden, als sie ihnen Herr Erz- berger zugehört hat. Sein Fall würde also für die Kapitalisten keineswegs einen Erfolg bedeuten.

Eine Irreführung der Öffentlichkeit ist außerdem noch die Behauptung des „Vorwärts“, daß der Besitz von einem großen Aderloß bedroht sei. Wir haben schon wiederholt ausgeführt, daß die besitzenden Kreise aufgezotmet haben, als sie von den Steuer vorlagen Erzbergers hörten. Die Kapitalisten hatten sich allerdings auf einen wirklichen Aderloß eingerichtet. Was ihnen jetzt aber zugehört ist, das wird noch nicht einmal ihre Haut riben. Mit Still- schweigen geht der „Vorwärts“ an den indirekten Steuer vorlagen vorüber, die gleichfalls den Namen Erz- bergers tragen. Von den vielen Eingelagungen, mit denen die Lebensbedürfnisse der breiten Massen belegt werden sollen, abgesehen, ist noch eine sprachenlose Umwälzung auf alles, was verkauft wird, selbst auf die notwendigen Roh- stoffe, angedeutet worden. Sollte dies ungeheuer-

liche Gesetz werden, so verschwand eses dahinter, und man den kapitalistischen Kreisen zumutet.

Der „Vorwärts“ wird schon so freundlich sein müssen, im Kampfe gegen die Aldeutschen bessere Waffen zu schwin- gen und nicht auf die Unwissenheit und Einfachslosigkeit seiner Leser zu spekulieren!

Der Friedensvertrag im Sommer 1917.

Es liegt jetzt ein ausführlicher Bericht über die Aus- führungen des englischen Unterstaatssekretärs Garm- worth auf die Anfrage im Unterhaus vor, ob die Initiative zu dem Verständigungsvertrag im Sommer 1917 von England oder von Deutschland ausgegangen sei. Garm- worth hat folgendes gesagt:

Am 21. August 1917 erhielt der britische Gesandte beim Vatikan Instruktionen dahingehend, den Kardinalstaatssekretär dahin zu unterrichten, daß die britische Regierung nicht sagen könne, welche Antwort in gegebenen Falle auf die Friedensvor- schläge des Papstes erteilt würden, denn sie hätte ihre Allianzen noch nicht bestragen können, und daß es für alle Fälle unnötig er- scheint, die Durchführung eines Abkommens zwischen den krieg- führenden Mächten zu suchen, bevor die Zentralmächte einige Angaben über die Ziele, zu denen die Er- reichung des Krieges für sie seien, gegeben hätten. In seiner Antwort (schränkte Gasparri das Aktionsfeld ein und teilte mit, daß die deutsche Regierung ihre Absicht kundgeben sich die Unabhängigkeit Belgiens wiederherzustellen, indem sie sich auf die Realis im Reichstags zugunsten eines annexionslosen Friedens stütze. Der Vertreter Englands meinte, daß die britische Regierung keinen authentischen Text dieses Dokuments be- weisen könnte, aber diesen Punkt zu entscheiden.

In den weiteren Auseinandersetzungen zwischen Kar- dinal Gasparri und der britischen Regierung erklärte diese, daß es ungewöhnlich sei, sich in fragmentale Diskussionen hineinzulassen zu lassen, und daß die Zentralmächte, wenn sie zu Verhandlungen bereit seien, ihre Friedensbedingungen im einzelnen bekanntgeben sollten. Die deutsche Regierung habe keine Erklärung über Belgien abgegeben. Die bri- tische Regierung habe kein Friedensangebot gemacht, aber sie sei bereit gewesen, jeden aufrichtigen Vorschlag zur Durch- führung des Friedens zu prüfen, den sie von der deutschen Regierung hätte empfangen können.

Es geht aus dieser Darlegung hervor, daß die Fried- dandsmöglichkeiten im Sommer 1917 nicht an England, son- dern an Deutschland gescheitert sind. Hätte die deutsche Re- gierung durch die Abgabe der Erklärung, sie würde Belgien vollständig räumen und wiederherstellen lassen, die erste Absicht kundgegeben, zu einem Frieden der Verständigung zu kommen, dann würde sich England ohne Zweifel bereit gefunden haben, die Verhandlungen fortzusetzen. Man kann es begreifen, daß die britische Regierung auf die Resolution der Reichstagsparteien bei der kläglichen Rolle, die der Reichs- tag spielte, nichts gegeben hat.

Die Zerlegung in der S. P. D.

Wir erhalten noch nachträglich aus rechtssozialistischen Kreisen einen Bericht über die Versammlung der S. P. D. Ver- treuendende, Arbeiterräte und Parteifunktionäre vom 21. Juli. Der Bericht ist uns im Auftrage von M. Verbruggen aus dem S. P. D. zugegangen, die sich von ihren Führern schmächtig be- werten fühlen, und beklagt, daß die Zerlegung eines Teils dieser „Arbeiterführer“ schon soweit gegangen ist, daß sie, als die Zer- legung des Gewerkschaftsrats Versuch in der Versammlung zur Sprache kam, in schallendes Gelächter und Händelschlagen ausbrachen.

Die Versammlung selbst begann mit einem Vortrag des Ge- waltungsministers Schmidt über die Kriegs- und Friedenspolitik der S. P. D. in dem er in der ihm eigenen demagogischen Weise die Schuld an den jetzigen Mißerfolgen der S. P. D. zuge- schrieben veruchte. Nach Schluß des Referats wurde, anscheinend von einem Geschobenen, beantragt, keine Diskussion zu- zulassen. Nachdem auf den Protest der Opposition mit knapper Majorität die Diskussion beschlossen worden war, übte Kollenshür in einer aber nur für zehn Minuten zugestanden Rede eine außerordentlich scharfe Kritik an dem Verhalten der Partei beim Friedensschluß von Erz-Altowitz und an Herz völg fallenden und arbeitereindlichen Politik nach Ausbruch der Revolution. Dabei stießen ihn die anwesenden Gewerkschaftsbeamten in eine beschreiblicher Weise durch Andau, ebenso wie sie den zweiten Diskussionsredner herunterstießen. Überhaupt, so sagt der Bericht, scheint eine oppositionelle Meinungsäußerung in den Funktionärversammlungen der S. P. D. unmöglich zu sein, da diese Demokraten jeden Gegner niederdrücken.

Dann referierte Prosal, der Vorsitzende des neuen großen Vollzugsrats der S. P. D. Arbeiterräte, über die Gründe des Austritts aus dem Berliner Vollzugsrat. Schon vor Beginn der Funktionärversammlung wurden die Arbeiterräte vom Voll- zugsrat Krüger in der bei diesem gewissen Demagogen be- kannten Weise bearbeitet, so daß trotz des Bestehens der so- ammelten Funktionäre keiner der Arbeiterräte nach dem Referat Prosal das Wort ergiff. Die Rede Prosal war nur eine sehr mäßiger Art gegen die U. S. P. D. und A. P. D. Ein Programm oder Richtlinien, wie er die Arbeiterschaft vertreten will, scheint bei ihm überhaupt nicht zu bestehen. Das einzig Sachliche in seinen Ausführungen war die Ablehnung jeder Politik in der Kampfmethoden. Dafür griff er aber wieder Krüger in der schamhaftesten Weise herab zu. Zum Schluß verteidigte der Gewerkschaftsbeamte die Politik die Demingationen, die ein Arbeiter der Schwarzkopff-Weite anlässlich der Januar- unruhen verübt hat!

Dieser Bericht, der das wachsende Mißtrauen der rechts- sozialistischen Arbeiter gegen ihre Führer zeigt, schließt mit den Worten: „Zurück zum Sozialismus, ihr Funktionäre der S. P. D. Groß-Berlin!“ — Wir glauben allerdings noch den bisherigen Erfahrungen nicht, daß sie diesem Rufe Folge leisten werden.

Aum Ausbau des französischen Handelsflotte verhandelt der Minister für öffentliche Arbeiten einen Kredit von 1000 Millionen Franken. Die französische Handelsflotte soll auf 5 Millionen Bootenommen gebracht werden. Die Bootenommen der franzö- sischen Handelsflotte betrug 1914 241000 Tonne betragen, während des Krieges hat sie sich um mehr als 100000 Tonne vermindert.

Der Kaiserprozeß. Im Unterhaus sagte in Erwiderung einer Anfrage von der Linken, die Arbeiter hätten ihren Beschäftig- pers. des Prozeß gegen den früheren Kaiser in Vorken nicht geändert, doch könne kein Verfahren eingeleitet werden, bevor der Friedensvertrag ratifiziert worden ist.

Internationale Sozialistenkonferenz.

Buzen, 6. August.
Die öffentlichen Verhandlungen der Internationalen Sozialistenkonferenz haben heute vormittag wieder begonnen, obgleich die Kommission II (Internationale Politik) ihre Vorarbeiten noch nicht vollständig beendet hat. Die „D. A. Z.“ berichtet darüber: Heute morgen wurde zunächst der neue Statutenentwurf der Internationale besprochen. Wliegen (Holland) referierte für die Kommission. Diese schlägt folgende neue Einteilung für die Statuten vor:

Die Internationale baut sich auf folgenden Grund- sätzen auf:

1. Auf der politischen und wirtschaftlichen Organisation der Arbeiterklassen zur Bekämpfung der kapitalistischen Weltwirtschaftsform, auf der Sicherung der völligen Befreiung der Menschheit durch die Eroberung der politischen Macht und der Sozialisierung der Produktion und Produktionsmittel.
2. Auf der internationalen Einheit und Aktion für die Organisation des wahren Völkerverbands, der der Wunsch der Völker sein wird, und der bei dem Kampf gegen den Chauvinismus und Imperialismus und für die allgemeine und gleichzeitige Abschaffung des Militarismus und des Regimes der Abhängigen sie unterstützen wird, um den Weltfrieden zu sichern.
3. Die Internationale verteidigt die Interessen der unterdrückten Völker und Rassen. Dieser Punkt ist auf Wunsch der Vertreter von Balkan aufgenommen worden.
4. Zur Erreichung dieser Ziele dienen der Arbeiterorganisa- tion drei Einrichtungen, von denen eine jede auf einer anderen Entwicklungsstufe steht und ihre besonderen Aufgaben erfüllt: die politische, die gewerkschaftliche und die ge- werkschaftliche Organisation. Diese verschiedenen Organi- sationen müssen als autonome Körperlichkeiten weiter bestrebt sein, deren Einfluß in den verschiedenen Ländern immer mehr zur Geltung zu bringen. Da diese Organisationen denselben Ziele zu- streben und jede eine Erzielung der einen großen Bewegung darstellt, darf keine Gelegenheit verkannt werden, sie einander zu nähern, um gemeinsam für die Erhaltung des Friedens zu wirken.

Wliegen empfahl ferner im Namen der Kommission, daß eine Konferenz von parlamentarischen sozialisti- schen Vertretern und parlamentarischen Ar- beitergruppen gleichzeitig mit dem großen Kongress orga- nisiert werden soll, um eine ständige Kommission der parlamen- tarischen sozialistischen und Arbeitergruppen zu bilden und um die Frage zu prüfen, wie eine gemeinschaftliche Aktion zwischen den parlamentarischen Parteien in den einzelnen Ländern am besten durch den Austausch von Nachrichten entwickelt werden kann.

Erst in (Deutschland, Unabhäng.) bricht als erster in der Nachmittagsitzung. Die Unabhängigen Sozialdemokraten ver- mitteln in den Statuten ein offenes Bekenntnis zum Klassenkampf im revolutionären Geist. Es muß zum Ausdruck kommen, daß die Internationale ein Mittel zur Eroberung der Macht durch die Arbeiterklasse ist. Es fehlt das Bekenntnis der Diktatur des

